



Kommunen am Limit - Flüchtlingsunterkünfte werden knapp

Bericht: Albrecht Radon

Kamera: Sven Giebel

Schnitt: Sven Giebel

Dresden Sporbitz. In diesem Containerdorf leben aktuell 45 Flüchtlinge. Die meisten kommen aus Syrien und haben ein Bleiberecht. So wie diese drei Freunde, die in Damaskus Medizin studiert haben. Wegen des anhaltenden Krieges und der zerstörten Infrastruktur seien sie aus ihrer Heimat geflüchtet. Was sind ihre Hoffnungen?

Gwan Hussein

Ein besseres Leben. Wir wollen hier unser Ausbildung abschließen, möchten hier praktizieren und unseren Lebensunterhalt verdienen. Eine bessere Zukunft.

Mehr als 2.000 Asylbewerber erwartet die Stadt Dresden in diesem Jahr. Dazu kommen die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Die Situation ist angespannt, berichtet uns Sozialbürgermeisterin Kristin Kaufmann. Die bestehenden Gemeinschaftsunterkünfte seien voll, der Wohnungsmarkt wäre dicht.

Dr. Kristin Kaufmann, Die Linke, Sozialbürgermeisterin Stadt Dresden (Beigeordnete für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen)

So dass wir bereits in Größenordnungen Hotels angemietet haben oder Hotelzimmer angemietet haben, in zehn verschiedenen Hotels in dieser Stadt. Und jetzt eben auf diese relativ schnell zu aktivierenden UnterbringungsKapazitäten, Notunterkünfte würde ich sagen, zurückgreifen mussten.

Die Unterbringung hier kostet etwa 175.000 Euro pro Monat. Die Stadt muss einen Eigenanteil von mindestens zehn Prozent selbst tragen. Neun weitere Containerdörfer sind bereits in Planung. Die Wohneinheiten sind 26 Quadratmeter groß und für bis zu vier Personen ausgelegt.

Dr. Kristin Kaufmann

Ich sage immer, wer mal in das Ferienlager fährt oder zwei Wochen Abenteuerurlaub mit seiner Familie macht, super. Das ist ideal, aber ich wünsche keinem Menschen über mehrere Monate auf so beengtem Raum leben zu müssen.

Und doch erreichen nach wie vor viele Menschen die Erstaufnahme-Einrichtungen. Beispiel Sachsen: Während der Flüchtlingskrise 2015 zählte der Freistaat etwa 70.000 ankommende

Hinweis: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.



Asylsuchende. Letztes Jahr waren es etwa 80.000 Menschen, davon rund 60.000 Schutzsuchende aus der Ukraine.

Auch einige Landkreise sind mittlerweile am Limit. Wir sind unterwegs in Nordsachsen. Etwa 1.500 Flüchtlinge werden hier in diesem Jahr erwartet. Weil es keine Alternativen gibt, soll ein Teil von ihnen zeitweilig auf einem ehemaligen Militärgelände in der Gemeinde Mockrehna untergebracht werden. Wann steht noch nicht fest. Das Gelände hat der Bund dem Landkreis kostenlos zur Verfügung gestellt. Wir treffen hier Peter Klepel, den Bürgermeister von Mockrehna.

Reporter: Was konkret ist geplant?

Peter Klepel: In dem vorderen Bereich sollen Container aufgestellt werden. Und die Verwaltungsgebäude haben auch ein gewisses Potential. Aber inwieweit, in welcher Form die mit einbezogen werden, kann ich nicht sagen.

Reporter: Wie viele Flüchtlinge sollen untergebracht werden?

Peter Klepel: So circa 100.

Junge Männer sollen kommen, keine Familien. Das Problem: Das Gelände liegt abgeschieden, der nächste Supermarkt ist drei Kilometer entfernt. In Sichtweite der Ortsteil Strelln. Einkaufsmöglichkeiten oder Freizeitangebote: Fehlanzeige. Am Wochenende fahren keine Busse.

Die geplante Flüchtlingsunterkunft stößt bei den rund 400 Einwohnern größtenteils auf Ablehnung. 250 von ihnen haben das mit einer Unterschriftenliste zum Ausdruck gebracht. So wie Lars Fromm. Der Familienvater arbeitet hier als Schmied. Seine Bedenken:

Lars Fromm: Die jungen Burschen, die haben Langeweile, die gehen hier spazieren, gucken in die Gehöfte rein, was ist überhaupt los hier. Ich denke mal, wenn hier ein Fahrrad am Zaun steht, das steht dann nicht mehr da. Oder ja, junge Frauen, die hier unterwegs sind, die haben ja einen anderen Glauben, wie wir, christlich erzogen. Das sind meine größten Ängste.

Reporter: Sie reden von sexuellen Übergriffen konkret?

Lars Fromm: Genau so ist es.

Diese Bedenken hören wir an diesem Tag öfter. Die Stimmung ist angespannt. Ende Januar kommt es in Strelln zu Protesten gegen die geplante Unterkunft. Unter den Teilnehmern sind offensichtlich auch Unterstützer der „Freien Sachsen“ – einer rechtsextremistischen Kleinstpartei.

Hinweis: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.



Anfang März hatten Unbekannte die Zufahrtsstraße zur Unterkunft mit Stahlstäben gespickt. Sie wurden schnell entfernt, der Staatsschutz ermittelt. Derart radikalen Protest lehnt Peter Klepel ab. Er kann aber den Unmut der Bevölkerung in Teilen nachvollziehen, denn die Gemeinde wurde vom Landkreis vor vollendete Tatsachen gestellt.

Peter Klepel: Wir werden nur in Kenntnis gesetzt, informiert. Wir haben kein Mitspracherecht. Und wir haben auch keine Stellungnahme abzugeben.

Reporter: Ärgert Sie das?

Peter Klepel, Bürgermeister Gemeinde Mockrehna: Ärgert? Sicherlich, wenn wir Mitspracherecht hätten, könnten wir eventuell mitentscheiden. Vom Gemeinderat könnten wir das da diskutieren. Aber die Situation ist einfach so, wie sie jetzt ist.

Beim letzten Flüchtlingsgipfel im Februar in Berlin vereinbarten Bund, Länder und Kommunen eine engere Zusammenarbeit. Die Kommunen hatten die komplette Übernahme der Unterbringungskosten vom Bund gefordert - allerdings vergeblich. Dafür versprach Bundesinnenministerin Nancy Faeser:

Nancy Faeser, SPD, Bundesministerin des Innern und für Heimat

Wir werden handeln und pragmatische Lösungen finden, um die vielerorts angespannte Unterbringungssituation zu lösen.

Gemeint ist auch die Bereitstellung von Immobilien. Auch zu diesem Punkt hätten wir gern persönlich mit Nancy Faeser gesprochen. Ein Interview gibt es nicht, ihr Ministerium teilt uns schriftlich mit:

Zitat

„Der Bund hat Ländern und Kommunen inzwischen 339 Liegenschaften mit einer Kapazität von ca. 70.000 Unterbringungsplätzen mietzinsfrei zur Verfügung gestellt. Weitere 102 Objekte wurden angeboten.“

Wir sprechen mit Reinhard Sager, den Präsidenten des Deutschen Landkreistages, zwei Monate nach dem Gipfel. Seine Enttäuschung ist noch immer groß.

Reinhard Sager, Präsident Deutscher Landkreistag, CDU, Landrat Kreis Ostholstein

Also, was bisher passiert ist, seitens der Bundesregierung, reicht überhaupt gar nicht aus. Das Problem wird täglich größer und die Bundesregierung tut so, als sei es relativ klein. Jedenfalls kann man nicht erkennen, dass das eine Chef-Angelegenheit ist in der Bundesregierung.

Hinweis: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.



Neben einer besseren Finanzierung fordert er eine schnellere Rückführung von nicht anerkannten Flüchtlingen und eine generelle Begrenzung der Zuwanderung.

Zurück im Containerdorf Dresden Sporbitz. Nancy Faeser versprach, den Kommunen Bundesliegenschaften zur Verfügung zu stellen. Sozialbürgermeisterin Kristin Kaufmann mit einem nüchternen Fazit.

Dr. Kristin Kaufmann

Wir haben gesucht und haben exakt null Liegenschaften gefunden. Wir haben das schon öfter getan und immer wieder haben wir null Liegenschaften gefunden. Das bedeutet also, diese Art von Problemlösung löst uns keine Probleme vor Ort.

Nächste Woche wollen sich Bundeskanzler Olaf Scholz und die Ministerpräsidenten treffen und auch noch einmal über die Finanzierung beraten. Die Kommunen sitzen da allerdings nicht mit am Tisch.